

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0226) 21-90 33/39  
Telex: 8 88 846 ppbn d  
Teletax: 21 06 84

## Inhalt

Rolf Linkohr MdB zur Fast-Katastrophe im japanischen Kernkraftwerk Mihama 2: Wir sind noch einmal knapp davongekommen.

Seite 1

Klaus Lennartz MdB zur Notwendigkeit eines Deutschlandplans und eines neuen Lastenausgleichs: Verteilungskampf zwischen Ossis und Weasis?

Seite 3

### Dokumentation

Renate Schmidt, Bundestags-Vizepräsidentin und designierte bayerische SPD-Landesvorsitzende, hielt auf dem politischen Aschermittwoch in Vilsbiburg eine Rede, aus der wir Auszüge dokumentieren.

Seite 4

46. Jahrgang / 31 / 14. Februar 1991

### Wir sind noch einmal knapp davongekommen Zur Fast-Katastrophe im japanischen Kernkraftwerk Mihama 2

Von Rolf Linkohr MdB

Im Prinzip lassen sich zwei - entgegengesetzte - Schlussfolgerungen aus der Fast-Katastrophe im japanischen Kernkraftwerk Mihama 2 ziehen:

- Trotz Ausfall des Sekundärkreislaufs hat das Notkühlsystem eine Katastrophe verhindert. Der Vorgang beweist die Verlässlichkeit der Kerntechnik.
- Nicht nur in der Sowjetunion, auch im technisch hoch entwickelten Japan muß mit kerntechnischen Unfällen gerechnet werden. Wir sind noch einmal knapp davongekommen. Bis zum nächsten Mal.

Die "Nuclear Community" wird mit Sicherheit das erstgenannte Argument bevorzugen. Und Mitsubishi Atomic Power Industries, der Erbauer der 470 MWe-Anlage wird darauf verweisen, daß die Redunanz des Sicherheitssystems ausreicht, um schwere Unfälle zu verhindern.

Umgekehrt werden Kritiker und Gegner der Kernenergie auf die inhärenten Risiken der Kernkraft verweisen, die derart hoch und unberechenbar sind, daß die friedliche Nutzung der Atomspaltung nicht verantwortbar ist. Wenn nicht einmal Japan in der Lage ist, Spitzentechnik zu entwickeln, die mögliche technische Mängel verlässlich ausschaltet, wie sollten es dann die Sowjetunion oder andere Länder schaffen, deren technischer Leistungsstand zurecht in Zweifel gezogen wird?

Der zweiten Betrachtungsweise möchte ich eine dritte hinzufügen, die im Zusammenhang mit der Kernenergie nicht vergessen werden darf. Gleichgültig, ob jemand der ersten oder zweiten These anhängt, er oder sie kann nicht übersehen, daß ein größerer Nuklearunfall irgendwo in der Welt verheerende psychologische Auswirkungen auf die Einstellung der Menschen zur Kernenergie haben wird. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dann selbst in Ländern mit großer Kernenergie-Akzeptanz Regierungen unter dem Druck der öffentlichen Meinung Kraftwerke schließen müssen. Die derzeitige Energieversorgung wäre damit ernsthaft gefährdet. Oder mit anderen Worten, die Energieversorgung durch Kernkraft ist alles andere als sicher.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Zerklüfteter Umgang  
mit wertvollen Ressourcen  
Recycling-Papier



Ob Japans Regierung bereits nach der Fast-Katastrophe vor dieser Situation steht, ist schwer vorherzusehen. Sicher ist aber, daß das energiearme Japan bisher dem Mythos verfallen ist, sein Energiesystem - so wie früher auf Öl und unrentable eigene Kohle - fast völlig auf Kernkraft umzustellen. Rund ein Viertel des derzeitigen Strombedarfs wird von 37 Atomkraftwerken gedeckt. Elf weitere Kernkraftwerke sind im Bau. Am Schnellen Brüter von Monju wird mit Hochdruck gearbeitet. Die Produktionstechnik wird mit dem Ziel verbessert, die Bauzeit für Kraftwerke ständig zu verkürzen. Andere Möglichkeiten wurden hingegen lange übersehen. Die Nutzung der Erdwärme, die derzeit nur mit 215 MWe zur Stromerzeugung beiträgt, obwohl gerade das erdbebengefährdete Japan große Möglichkeiten zur Nutzung der Erdwärme bietet, steht erst am Anfang. Immerhin interessiert sich jetzt auch die Industrie für die Geothermie. Dem im Bau befindlichen 500 MWe-Kraftwerk auf der südlichen Insel Kyushu werden möglicherweise andere folgen.

Sucht man nach Schlußfolgerungen aus der Fast-Katastrophe von Fukui, so drängt sich eine mit geradezu kategorischem Zwang auf: die Sicherheit der Kernkraftwerke, vor allem in den östlichen Ländern, sprich Sowjetunion muß umgehend verbessert werden, sofern sich die Sowjetunion nicht entschließen kann, was zweifellos die bessere Lösung wäre, die Kernkraftwerke zu schließen.

Es gab mehrere Untersuchungen östlicher Kernkraftwerke durch westliche Experten. Nach unserem Sicherheitsstandard müßten sie wohl allesamt geschlossen werden, was in der Ex-DDR auch geschah. Doch es sieht nicht danach aus, als ob das deutsche Beispiel Schule machte. Als zweitbeste Lösung muß deshalb - schon in unserem eigenen Interesse - die mangelnde Sicherheit der Nuklearanlagen verbessert werden. Dazu gehören Schulungsprogramme und vor allem viel, viel Geld. Es gehört aber auch ein europäisches Energiekonzept dazu, wie es andeutungsweise in dem Entwurf einer europäischen Energiecharta zum Ausdruck kommt.

Die EG-Kommission muß deshalb dringend aufgefordert werden, ein solches Konzept einschließlich Finanzierung vorzulegen.

Wir stehen dabei vor einem heiklen politischen Problem. Wollen wir in Westeuropa Druck auf die Sowjetunion wegen der baltischen Krise ausüben, ihr also die Kooperation im nuklearen Sicherheitsbereich verweigern, oder nehmen wir diesen Bereich - aus nahelegendem Eigeninteresse - von möglichen Sanktionsmaßnahmen aus? Mit der Verweigerung der Dringlichkeit für Hilfsmaßnahmen ging das Europäische Parlament im Januar dieses Jahres noch diesen Weg angedrohter Sanktionen. Nach allen bisherigen Erfahrungen, auch den jüngsten in Japan, ist aber dringend zu raten, nukleare Sicherheit nicht mit politischen Sanktionen in Verbindung zu bringen. Dies muß sich auch das Europäische Parlament überlegen, wenn es über die Hilfsprogramme für den Osten Europas entscheidet. Denn die nukleare Sicherheit ist unteilbar. Tschernobyl hat es bewiesen. Mihama 2 hätte es fast bestätigt.

(-/14.2.1991/rs/fü)

\*\*\*\*\*

### **Verteilungskampf zwischen Ossis und Wessis?**

**Zur Notwendigkeit eines Deutschlandplans und eines neuen Lastenausgleichs**

**Von Klaus Lennartz MdB**

**Landrat des Enfkreises und Sprecher der SPD-Fraktion im Bundestagsausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**

Am Anfang stand das Wort des Bundeskanzlers, niemandem werde es durch die Deutsche Einheit schlechter gehen und vielen besser. Und am Anfang stand die Bauernfängerei des Bundesfinanzministers, die alten Bundesländer seien mit ihrer Beteiligung am Fond Deutsche Einheit aus dem Schneider; weitere Risiken übernehme der Bund. Bei dem widerlichen öffentlichen Gezerre um Geld schmerzen die Altbundesbürger besonders alle Töne, in denen sie als herzlose Geldsäcke hingestellt werden, die die Taschen zugenäht haben und die sich vom ausgestreckten Klingelbeutel der Ostbürger abwenden. Wer in solche Töne einstimmt, macht sich wissentlich oder unwissentlich zum Libero von Kohl, Waigel und Lambsdorff, die mit ihrer illusionären Wirtschaftswundererwartung diesen Schlamassel angerichtet haben. Diese blinde und fahrlässige Politikergruppe reibt sich jetzt die Hände, wenn Wessis und Ossis in einem Verteilungskampf aufeinanderschlagen. Sie sitzen schon mit ihren gigantischen Steuererhöhungsplänen in den Startlöchern, bei denen sie mehr an ihre weiteren Wohltaten für die Großverdiener als an die Finanzierung der Ostdefizite und der Gollfasten denken.

Es ist wahr, daß im Westen Deutschlands die Steuerquellen bei Bund, Land und Gemeinden nicht schlecht sprudeln. Die wirtschaftliche Konjunktur läuft besser als vorausgesagt, weil der Nachfrageschub aus dem Osten sich wie ein Konjunkturprogramm ausgewirkt hat. Die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor relativ hoch, aber sie nimmt in kleinen Schritten trotz einer fortwährenden Zuwanderung aus dem Osten ab. Insbesondere Länder und Gemeinden müssen aber durch die Ost-West-Wanderung, insbesondere den großen Aussiedlerstrom hohe Lasten tragen, die so in den Haushalten nicht vorgesehen waren. Da die großen Tarifabschlüsse noch ausstehen, haben die Arbeitnehmer - und sie sind ja die überwältigende Mehrheit der Wessis - von der besseren Konjunktur noch nichts abbekommen. Sie haben vielmehr durch ihre Arbeitszeitverkürzungsabschlüsse insbesondere im öffentlichen Dienst Vergütungszuwächse unter den Preissteigerungsraten hingenommen. Die Gewinner der Ostkonjunktur sind folglich mit Abstand die Unternehmer unter der Führung aller Dienstleistungsbranchen und die verschiedenen Steuersäcke.

Und es ist auch wahr, daß die Lage der Menschen im Beitrittsgebiet alles andere als rosig ist. Die dortige Wirtschaftsstruktur bröselte schon vor der Einführung der D-Mark und vor dem Beitritt und fällt jetzt in immer größeren Stücken auseinander. Die Arbeitslosigkeit steigt in großen Schritten. Zwar haben die einzelnen Arbeitnehmergruppen sich teils vor teils nach dem Beitritt Lohnzuschläge erstritten, die aber noch nicht einmal teilweise die Preissprünge ausgeglichen haben. In den Preisindizes wurde dieser Effekt größtenteils durch die Preisstürze bei langlebigen Gebrauchsgütern kaschiert. Aber wer gerade keinen Kühlschrank kaufen muß, der kann noch lange nicht mit dem eben nicht Ersparten die teure Milch und Butter kaufen. Es beißt keine Maus den Faden ab, aber bei gleichem Preisniveau bei allem, was man jeden Tag braucht, liegt das durchschnittliche Lohnniveau in den neuen Ländern unterhalb der Hälfte des westlichen Niveaus. Einziger Trost für die Ossis waren niedrige Mieten, niedrige Energiepreise, niedrige Fahrpreise. Wenn dies jetzt auch noch wegfällt, ist der Tag nicht mehr fern, daß für Notleidende öffentliche Suppenküchen eingerichtet werden müssen.

Gleichzeitig - und das erbittert die Ossi genauso wie die normalen westlichen Arbeitnehmer - findet ein gewaltiger Eigentumstransfer durch Ankauf des sogenannten Volkseigentums für 'n Appel und 'n Ei durch kapitalkräftige Oberwessis statt. Am Ende gehört die gesamte ehemalige DDR Westgesellschaften und das ausgeblutete Land wird nur noch von einer verarmten Restbevölkerung bewohnt, die aus denen besteht, die nicht mobil genug für die Flucht in den Westen waren.

Das Gegenstück dieser idiotischen Antiutopie für den Osten wären unerschwingliche Mieten im Westen unserer Republik bei statischen Löhnen und hoher Sockelarbeitslosigkeit, bei hohen Preisen und hohen Zinsen. Die Verlierer wären auf beiden Seiten die kleinen Leute; Ansätze dazu sind bereits jetzt da.

Was wir brauchen - damit diese Antiutopie im Osten und Westen nicht Wirklichkeit wird -, ist ein Deutschlandplan, der den Wiederaufbau einer tragfähigen Wirtschaftsstruktur im Beitrittsgebiet mit ökologischem und sozialem Vorzeichen in Angriff nimmt. Das Geld dafür muß durch einen Lastenausgleich beschafft werden, bei dem nicht den Arbeitnehmern in die Lohntüte oder die Haushaltskasse gegriffen wird, sondern bei dem endlich die Inhaber von in 40 Jahren Altbundesrepublik angehäuften Industrie- und Grundstücksvermögen zu einem Solidarbeitrag für die 40 Jahre in der alten DDR Ausgequetschten herangezogen werden. Vielleicht reicht es für den neuen Lastenausgleich sogar aus, die Vermögenden mit einer Zwangsanleihe mit dem Zinssatz 0 heranzuziehen. Ihr Solidarbeitrag würde dabei über die Laufzeit dieser Anleihe in Höhe der Preissteigerungsrate zuzüglich der Durchschnittsverzinsung anfallen. Es ist sicher nicht falsch, diejenigen, die die Preise machen, daran zu interessieren, daß sie nicht altzu sehr steigen. Die Verteilungswirkungen eines solchen Konzepts entfalten sich dann zwischen denen, die viel haben und die am wenigsten haben, anstatt undifferenziert zwischen West und Ost.

Ziel der Bemühungen muß es sein, die neuen Bundesländer in einem überschaubaren Zeitraum in die Wohlstandsspannbreite des alten Bundesgebietes hereinzuholen. Auch im alten Bundesgebiet gibt es Wohlstandsgefälle zum Beispiel zwischen der Rheinschiene und dem Saarland; zwischen Bremen und Ostfriesland oder zwischen High-Tech-München und dem Bayerischen Wald. Zwischen Regionen und zwischen Branchen gibt es zum Teil erhebliche Produktivitätsunterschiede, die bis in die Lohntüte durchschlagen, weil in diesem hohen Produktivitätsniveau die engagierte Arbeit von Jahren steckt. Der Deutschlandplan sollte keine neue Subventionsmaschine sein, die leistungslos den einen das Geld aus der Tasche holt, um es einem anderen hineinzustecken, sondern ein Instrument zur Ermöglichung eines entsprechend erfolgreichen Arbeitseinsatzes unserer neuen Mitbürger östlich von Werra und Elbe.

(-/14.2.1991/rs/fü)

\*\*\*\*\*

## **DOKUMENTATION**

### **Renate Schmidt: Der Krieg wird die Konflikte nur verschärfen**

Renate Schmidt, Bundestags-Vizepräsidentin und designierte bayerische SPD-Landesvorsitzende, hielt auf dem politischen Aschermittwoch in Vilshofen eine Rede, aus der wir Auszüge dokumentieren.

Der Vergleich Saddam Husseins mit Hitler und dessen Möglichkeiten und der Vergleich derer, die den Krieg für ein Unglück, für unpolitisch, für nicht nötig halten mit Appeasement-Politikern hinkt auf mehr aus zwei Beinen. Ich will nicht Frieden um jeden Preis, aber Krieg um jeden

Preis ist genauso unsinnig. Saddam Hussein war und ist wirtschaftlich am Ende, ein Waffenstillstand brächte ihm nichts, mit welchen Ersatzteilen wollte er bei dem zu nahezu 100 Prozent erfolgreichen Embargo sein Waffenarsenal erneuern.

Den Menschen in Irak und Kuwait, in Israel und Saudi-Arabien, den amerikanischen, englischen und französischen Soldaten brächte es viel, nämlich ihr Leben, und der Politik endlich wieder eine Chance. Das Denken in den Kategorien und der Logik des Krieges, der in diesem Konflikt längst *prima ratio* und nicht mehr *ultimo ratio* ist, dieses Denken beweist Politikunfähigkeit. Denn die Gewalt, die gegen den Völkerrechtsbruch eingesetzt wurde, ist nicht mehr kalkuliert, nicht mehr auf das ursprüngliche Kriegsziel der Befreiung des Kuwait gerichtet und in meinen Augen nicht mehr von der UNO-Resolution gedeckt.

Es ist längst zerstört, was befreit werden sollte.

Der klinisch saubere Krieg, die militärische Operation, die uns in einer skandalösen zensierten Berichterstattung vorgeführt wird, entspricht nicht den Tatsachen, ist ein Stück des Realitätsverlustes, den wir alle, auch die Politiker, laufend erleiden. Ich habe das Ergebnis von 4 Einschlägen in Tel Aviv gesehen: 2 Tote, 96 Verletzte und 2.000 Obdachlose.

Gegen den Irak und gegen das angeblich zu befreiende Kuwait und seine Zivilbevölkerung wurden in der Zwischenzeit mehr als 50.000 Angriffe geflogen mit Raketen und B 52 Bomben, mit Benzinbomben. Heute, am 13. Februar, jährt sich der Angriff auf Dresden zum 46. Mal.

Die Verletzten und die Toten, die Zerstörungen dürften das Inferno von Dresden in der Zwischenzeit übertreffen. Die Fortsetzung des Krieges bedeutet weiter das Sterben von Kindern und ihren Müttern und Vätern. Es bedeutet, auf ein Übel mit einem weit größeren zu reagieren. Es ist der untaugliche Versuch, Unrecht mit noch größerem Unheil ungeschehen zu machen. Dieser Krieg wird die Konflikte nicht lösen, sondern verschärfen. Er trägt dazu bei, die Fundamentalisten in den arabischen Ländern zusammenzuschweißen und die Palästinenser zu spalten. Damit erhöht er die Sicherheit Israels auch bei einer "Zerschlagung" des Irak nicht.

Die Chancen einer internationalen Konferenz als erstem Schritt zu einer Friedensordnung sind eher geschwächt als gestärkt.

Im gesamten Nahen und Mittleren Osten wird, wie es der israelische Außenminister Levy genannt hat, wieder stärker auf das Gesetz des Dschungels gesetzt: Der Stärkere unterdrückt den Schwächeren, jeder gegen jeden. Wenn das so ist, wenn wir zu Recht diesen Krieg nicht nur aus moralischen oder pazifistischen und friedensbewegten, sondern aus verstandesmäßigen Gründen ablehnen, dann dürfen wir uns nicht daran beteiligen.

Nicht an der Finanzierung von Kriegskosten, nicht personell.

Mir ist es schleierhaft, was den Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern bewegt, eifertig den Bündnisfall für gegeben zu erklären, fest an der Seite unserer Verbündeten in der NATO zu stehen und alle für vaterlandslose oder besser NATO-Bündnis-lose Gesellen zu erklären, die deutsche Wehrpflichtige lieber nicht in einen Krieg schicken wollen. Deshalb sei's dem Herrn Ministerpräsidenten ins Stammbuch geschrieben.

Nein, ein Angriff des Irak auf die Türkei ist kein Bündnisfall. Der NATO-Vertrag gibt ihr weder den juristischen noch den moralischen Anspruch, die NATO und damit die Bundesrepublik in den Golf-Krieg hineinzuziehen. Artikel 11 des NATO-Vertrages spricht da eine deutliche Sprache. Wer den Bündnisfall provoziert, hat keinen Anspruch auf militärischen Beistand der Bündnispartner.

Und weil das so ist, ist es auch ein Fehler, Alphajets und Hawk-Einheiten und anderes militärisches Gerät und deutsche Soldaten in die Türkei zu verlagern. Dies dient nur der weiteren Eskalation und deshalb fordere ich den Rückzug dieser Einheiten. Der Golf-Krieg ist keine NATO-Angelegenheit. Zunehmend wird es notwendiger, darauf hinzuweisen. Er basiert auf einer UNO-Resolution, die den Krieg nicht verlangt hat, sondern ihn ab dem 15. Januar nicht für völkerrechtswidrig erklärt hat. Die UNO hat den Krieg nicht beschlossen, wie Herr Ministerpräsident Streibl meint, sondern toleriert. Wer versucht, daraus eine Angelegenheit der NATO zu machen, betreibt ein Spiel mit dem Feuer, das die ganze Welt anzünden kann.

Für einen Krieg, den wir für falsch halten, darf es mit unserer Zustimmung auch keine Finanzmittel geben, dann dann würde der Vorwurf ja stimmen, wir zahlen und lassen andere kämpfen. Geld für humanitäre Zwecke, Geld für ökologische Hilfe ebenfalls, Geld zur Verteidigung Israels, für wirtschaftliche Hilfen, ja. Aber kein Geld zur Kriegsfinanzierung und insbesondere keine Zustimmung zur Finanzierung des Krieges über Steuern. Wir lehnen Kriegssteuern ab.

Wer, wie Herr Waigel, Steuererhöhungen zur Angleichung der Lebensverhältnisse in der neuen größeren Bundesrepublik ablehnt, wer sie für friedliche Zwecke nicht will und den Menschen in Deutschland ein X für ein U vormachen will, der hat kein Recht, Steuern für den Krieg zu fordern. Zu Kriegssteuern und Kriegskrediten kehren wir hoffentlich nicht zurück.

Wege in den Krieg, das hat sich auch diesmal bewahrheitet, sind allemal einfacher als Wege aus dem Krieg, und manche werden sich als Holzweg erweisen. Dennoch müssen sie täglich gesucht werden, bis die richtigen gefunden sind. Wir fordern einen sofortigen Waffenstillstand. Dieser muß am Anfang, nicht am Ende des Rückzugs des Irak aus Kuwait stehen. Bis zum endgültigen Abzug des Iraks und bis zur Regelung der strittigen Fragen könnte Kuwait unter UNO-Aufsicht und -Verwaltung gestellt werden. Wir fordern, daß dieser Waffenstillstand von der Fortsetzung und strikten Kontrolle des Embargos begleitet wird. Dies ist die friedliche Entwaffnung des Irak. Wir fordern, daß die UNO wieder das Gesetz des Handelns an sich nimmt. Dies bedeutet z.B. endlich eine Sitzung des Weltsicherheitsrates.

Wir fordern die Vorbereitung von internationalen Konferenzen schon heute. Verhandlungen mit dem Ziel atom- und chemiewaffenfreier Zonen im Mittleren und Nahen Osten, von Rüstungskontrolle und Abrüstung, von gemeinsamen Projekten und dem Ausgleich von Arm und Reich in diesen Ländern. Wir fordern, daß in diesem Zusammenhang die Frage eines gesicherten, selbstbestimmten Lebens der Palästinenser genauso geregelt wird wie die der Kurden. Denkbar ist auch bis zu endgültigen Friedensregelungen eine Präsenz von UNO-Truppen in dieser Region.

Vieles daran mag heute kurz vor einem Beginn der Bodenoffensive utopisch erscheinen, utopisch vor dem Bild von Ministern, die Bomben mit Widmungen für Saddam versehen und doch wissen, daß diese Bomben nicht den Diktator in seinem Bunker, sondern Kindergärten und Schulen, Läden und Fabriken, Busse und Brücken treffen werden und damit Kinder, Frauen und Männer, die diesem Krieg genauso wenig gewollt haben wie die Menschen in Israel, in Amerika oder bei uns.

(-/14.2.1991/rs/fü)

\*\*\*\*\*